



Abschied von Heide Simonis

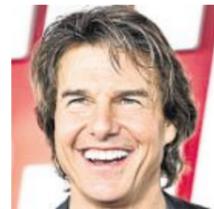
Ehemalige Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein ist tot. Seite 6

Für Ausbau der Südallee müssen Bäume und Parkplätze wegfallen

Koblenzer Stadtrat diskutiert Pläne. Seite 15

Tom Cruise macht Action

„Mission Impossible“ bietet erneut spektakuläre Szenen. Seite 11



Wie KI-Roboter uns helfen können

Künstliche Intelligenz bringt die Technik voran

■ **Genf.** Können humanoide Roboter wie Desdemond (Bild) uns das Leben erleichtern? Möglich ist es schon – das ist die gute Seite der Künstlichen Intelligenz (KI), die zuletzt eher kritische Stimmen hervorgebracht hatte. Auf dem „AI for Good Global Summit“ (etwa: Weltgipfel der KI für das Gute) in Genf wurde vorgestellt, was heute schon geht. Wir geben einen Einblick in den Stand der Forschung auf Panorama: Seite 13 dpa

Foto: Martial Trezzini/Keystone/dpa



Kompakt

Long Covid: Lauterbach verspricht mehr Hilfe

■ **Berlin.** Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will trotz fehlender Haushaltsmittel mehr für Menschen tun, die an Langzeitfolgen einer Corona-Infektion leiden. Er stellte in Berlin Pläne vor, wozu nach Anfang September ein Runder Tisch mit internationalen Fachleuten und Betroffenen stattfinden soll. Lauterbach sagte, für Menschen mit Long Covid sei die Pandemie noch lange nicht beendet. Es gebe noch keine Heilung und keine Therapiekonzepte für die teils schweren Erkrankungen. „Die Lage ist schlechter, als wir erhofft haben.“ epd

Mehr auf Seite 6

DGB: Rheinland-Pfalz bei Minijobs an der Spitze

■ **Rheinland-Pfalz.** Der DGB kritisiert die hohe Zahl von Minijobs in Rheinland-Pfalz. Jeder siebte Beschäftigte im Land sei im Haupterwerb ein Minijobber, sagte die Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Susanne Wingertszahn. Damit liege Rheinland-Pfalz an der Spitze aller Bundesländer. Minijobs seien gerade für Frauen „die Armutsfalle Nummer eins“. Besonders häufig gebe es die geringfügig Beschäftigten in Betrieben mit bis zu 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, erklärte die Gewerkschafterin. Die Hälfte aller Beschäftigten in den Betrieben dieser Größenordnung arbeiteten in Minijobs. dpa

735 Millionen Menschen weltweit leiden Hunger

■ **Genf.** Rund 735 Millionen Menschen haben laut den Vereinten Nationen im vergangenen Jahr Hunger leiden müssen. Damit hungerten 122 Millionen Menschen mehr als vor der Coronapandemie, heißt es im UN-Welternährungsbericht, der am Mittwoch in Genf veröffentlicht wurde. Zu den Gründen für den Anstieg zählen demnach die Pandemie, Extremwetter und Folgen der Klimakrise sowie bewaffnete Konflikte einschließlich des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Knapp 30 Prozent der Weltbevölkerung, nämlich 2,4 Milliarden Menschen, hatten dem Bericht zufolge 2022 keinen steten Zugang zu Nahrungsmitteln. epd

Die gute Nachricht

Windpark-Auktion hilft auch den Stromkunden

Es ist eine gute Nachricht auch für Stromkunden: Die erste Versteigerung von vier Flächen für Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee durch die Bundesnetzagentur hat einen Erlös in Höhe von 12,6 Milliarden Euro erbracht. Immerhin 90 Prozent der eingezeichneten Gelder sollen zur Finanzierung des Netzausbaus verwendet werden und damit letztlich die Stromkosten der Verbraucherinnen und Verbraucher senken, wie die Behörde in Bonn weiter mitteilte. Jeweils 5 Prozent fließen in den Meeresschutz und die Förderung einer umweltschonenden Fischerei. Erfolgreiche Bieter waren am Ende die Mineralölkonzerne BP und Total Energies, die sich jeweils zwei Flächen sicherten. Die Inbetriebnahme der Windparks ist für das Jahr 2030 vorgesehen. dpa

Sicherheitspakt für die Ukraine

G7-Staaten verpflichten sich zu langfristiger militärischer und finanzieller Hilfe - Der Kreml nennt dies „sehr gefährlich“

■ **Vilnius.** Die G7-Gruppe westlicher Wirtschaftsmächte will die Ukraine mit langfristiger militärischer und finanzieller Hilfe besser schützen, solange sie noch kein Nato-Mitglied ist. Die USA, Deutschland und die fünf anderen Staaten der G7 stellen der Ukraine unter anderem moderne Ausrüstung für deren Luft- und Seestreitkräfte in Aussicht. Eine entsprechende Erklärung wurde zum Abschluss des Nato-Gipfels in der litauischen Hauptstadt Vilnius unterzeichnet. Sie bleibt allerdings weit hinter der Sicherheitsgarantie zurück, die zum Beispiel ein Nato-Beitritt bieten würde. Dann würde nämlich im Fall eines Angriffs die militärische Beistandspflicht aller Nato-Staaten gelten.

Weil eine Einladung in die Nato ausblieb, hatte sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zuvor verärgert gezeigt. Diese Enttäuschung wirkt auch nach, dennoch dankte Selenskyj nun für die G7-Erklärung. „Die ukrainische Delegation bringt einen wichtigen Sieg der Sicherheit für die Ukraine nach Hause, für unser Land, für unsere Menschen, für unsere Kinder“, sagte er bei einem Treffen mit den Staats- und Regierungschefs der G7-Gruppe. Nach der Grundsatzvereinbarung mit den führenden westlichen Industriestaaten würden nun Abkommen mit den einzelnen Ländern sowie

auf multinationaler Ebene ausgehandelt.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, es gehe um eine „Sicherheitspartnerschaft“, eingebettet in eine längerfristige Strategie, „auf die sich die Ukraine dann auch verlassen kann“. Dies knüpfe an die bisherige Hilfe an, die der Ukraine eine Verteidigung erlaubt habe, die ihr aus eigener Wirtschaftskraft heraus nicht möglich gewesen wäre.

Für die Ukraine endete der Nato-Gipfel mit der G7-Erklärung damit halbwegs versöhnlich. Am

Beitritt frühestens nach einem Ende des Kriegs und weiteren Reformen ermöglichen. Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace äußerte am Mittwoch Unmut über die Kritik und die Anspruchshaltung der Ukraine. „Ob man es mag oder nicht, die Leute wollen etwas Dankbarkeit sehen“, sagte er.

Estlands Regierungschefin Kaja Kallas und US-Präsident Joe Biden ließen hingegen Verständnis erkennen. „Auf ukrainischer Seite herrschte natürlich Frust. Verständlicherweise. Die Ukraine

Ende des Kriegs so stark sind, dass Russland keine weiteren Angriffe mehr wagt. Dafür soll dem Dokument zufolge moderne Ausrüstung auch in den Bereichen „Luft und See“ geleistet werden. Als eine Schlüsselfähigkeit werden Luftkampfsysteme genannt – ohne dass konkrete Waffensysteme wie Kampffjets oder bewaffnete Drohnen aufgelistet werden.

Welche Staaten welche bilaterale Militärhilfe leisten wollen, blieb noch offen. Auch eine zeitliche Perspektive wurde nicht gegeben. Bis-

lassen, dass sich das, was in der Ukraine passiert ist, wiederholen wird, und diese Erklärung bekräftigt unsere Verpflichtung sicherzustellen, dass sie nie wieder der Art von Brutalität ausgesetzt wird, die Russland ihr angetan hat“, sagte der britische Premierminister Rishi Sunak zu der Vereinbarung.

Der Kreml bezeichnete die Sicherheitszusagen der G7 als Gefahr. „Wir halten dies für einen extremen Fehler und potenziell für sehr gefährlich“, sagte der Sprecher von Präsident Wladimir Putin, Dmitri Peskow, am Mittwoch nach Angaben russischer Nachrichtenagenturen in Moskau. Sollte der Plan so umgesetzt werden, machten diese Länder Europa „für viele, viele Jahre noch viel gefährlicher“, sagte er.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg bezeichnete die Lieferung weiterer Waffen als wichtigste Aufgabe bei der Unterstützung der Ukraine. „Natürlich ist die dringlichste Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Ukraine sich durchsetzen kann. Denn sollte die Ukraine nicht fortbestehen, gibt es auch keine Frage einer Mitgliedschaft zu diskutieren“, so Stoltenberg.

Magdalena Tröndle, Ansgar Haase und Michael Fischer

Einen Kommentar und Hintergründe zur Strategie der Nato lesen Sie auf Seite 5



„Es eröffnet uns gänzlich neue Möglichkeiten im Sicherheitsbereich, und ich danke allen, die das möglich gemacht haben.“

Volodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, bezeichnet die Garantien als „wichtiges Signal“. Foto: Susan Walsh/AP/dpa

Dienstag hatte Selenskyj eine herbe Niederlage einstecken müssen, weil seinen Forderungen nach einer Einladung seines Landes in die Nato nicht nachgekommen wurde. Der 45-Jährige kritisierte das scharf und sprach von einer Schwäche des Westens, die Russland in die Hände spiele.

Blockiert worden war die Einladung vor allem von den USA und Deutschland, den beiden wichtigsten Waffenlieferanten der Ukraine. Sie wollen dem von Russland angegriffenen Land einen

möchte den Frieden haben, den der Nato-Schirm zum Beispiel unserem Land bringt“, sagte Kallas. Biden erklärte, er wisse genau, dass Selenskyj oft frustriert sei, wenn die Dinge nicht schnell genug gingen. Er selbst freute sich auf den Tag, an dem man auf einem Gipfel offiziell die Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato feiern werde.

Die G7-Vereinbarung zielt darauf ab, dass die ukrainischen Streitkräfte so ausgestattet werden, dass sie weiter ihr Heimatland verteidigen können und nach einem

lang unterstützen Deutschland und die anderen G7-Staaten vor allem die Landstreitkräfte der Ukraine durch Waffenlieferungen. Westliche Kampffjets und Kriegsschiffe wurden bislang nicht geliefert.

Als weitere Punkte werden in der Erklärung die Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsindustrie und die Ausbildung von Streitkräften genannt. Zudem sollen Geheimdienstinformationen zur Verfügung gestellt werden. Es geht darüber hinaus um weitere finanzielle Hilfe. „Wir können nie zu-

„Beweismittel im Fall Dillinger verbrannt“

Polizei vernichtet offenbar Hinterlassenschaften des Skandalpriesters - Opfer sprechen von „Täterszene“

■ **Koblenz/Saarbrücken.** Die saarländische Polizei hat offenbar Beweismittel aus der Hinterlassenschaft des verstorbenen Priesters Edmund Dillinger verbrannt. Dies sagte Dillingers Neffe Steffen jetzt im Gespräch mit unserer Zeitung. Eine am Dienstag dazu gestellte Rückfrage der Redaktion an das saarländische Landespolizeipräsidium, die Staatsanwaltschaft Saarbrücken und an das saarländische Innenministerium blieb bis Redaktionsschluss am Mittwoch unbe-

antwortet, die Staatsanwaltschaft sicherte jedoch eine Stellungnahme „bis voraussichtlich spätestens Freitag“ zu.

Edmund Dillinger, ehemaliger Priester des Bistums Trier, hatte ab den 70er-Jahren über Jahrzehnte Jugendliche und junge Erwachsene sexuell missbraucht und dies auf Hunderten von Filmen festgehalten. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin Ermittlungen aufgenommen, um zu klären, ob es noch lebende Mitwisser und Mittäter ge-

be. Sie fand aber keinerlei Hinweise (wir berichteten).

Daraufhin wollte Steffen Dillinger als Eigentümer des für die Ermittlungen gesicherten Materials dieses wieder abholen. Als er vergangene Woche im Saarbrücker Präsidium erschien, habe man ihm dort jedoch gesagt, dass fast alles in die Müllverbrennung gebracht worden sei.

Dillinger zeigt sich entsetzt: „Vor allem die Tagebücher waren unersetzlich für die weitere Aufklä-

rung.“ Dies möglicherweise auch deshalb, weil Missbrauchopfer aus verschiedenen Bistümern im Gegensatz zur Saarbrücker Staatsanwaltschaft mittlerweile betonten, dass Edmund Dillinger doch kein Einzeltäter gewesen sei. „Er war der Anführer einer Szene, die sich ihre Opfer zugeführt hat“, heißt es in Gesprächen mit Opfern, die der Redaktion nach Name und Adresse bekannt sind. loh

Mehr auf Seite 3

INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	7/8
Leben	9
Kultur	10/11
TV-Programm	12
Intermezzo: Roman, Horoskop	25

DIGITALES

www.rhein-zeitung.de
www.facebook.com/rheinzeitung
www.instagram.com/rheinzeitung

WIR FÜR SIE

Aboservice Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003
Redaktion Tel: 0261/9836 5000

